

Grundsätze der Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel

Bei der Gründung von Aktion Sühnezeichen im Jahre 1958 wurde Israel als eines der Länder genannt, in denen der Einsatz beginnen sollte: „Deutsche haben in frevlerischem Aufstand gegen Gott Millionen Juden umgebracht. (...) Des zum Zeichen bitten wir die Völker, die Gewalt von uns erlitten haben, dass sie uns erlauben, mit unseren Händen und mit unseren Mitteln in ihrem Land etwas Gutes zu tun. (...) Lasst uns mit Polen, Russland und Israel beginnen, denen wir wohl am meisten wehgetan haben.“

Drei Jahre nach Gründung des Vereins konnten im Herbst 1961 die ersten Freiwilligen nach Israel entsandt werden. Seitdem haben ca. 1.500 Freiwillige mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) für ein bis zwei Jahre einen Dienst in Israel geleistet. Israelische Freiwillige nehmen seit 2002 an unserem internationalen Freiwilligenprogramm in Deutschland teil. Seit 1998 finden jährlich deutsch-israelische Sommerlager statt, die sich an junge Menschen aus Israel und Deutschland richten, seit 2007 Begegnungsprogramme für Auszubildende. In Jerusalem befindet sich neben dem Länderbüro die Internationale Begegnungsstätte Beit Ben-Yehuda, die 2004 mit einem neu erbauten Gästehaus mit 48 Betten eröffnet wurde.

Unsere Unterstützung Israels ist die Konsequenz aus dem Bekenntnis des Gründungsauftrages. Wir stellen uns mit unserer Arbeit in Israel den gegenwärtigen Folgen der deutschen Judenverfolgung und Judenvernichtung sowie den aktuellen Formen von Antisemitismus in der Welt. In Freiwilligendiensten und Begegnungsprogrammen lernen wir die Menschen in Israel kennen, lernen von ihnen und sind ihnen verbunden.

Die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel

- Unser Zugang zur Arbeit in Israel zeigt sich in der konkreten Ausgestaltung der ASF-Programme. Zentralen Stellenwert hat die Mitarbeit in Einrichtungen für Überlebende der Shoah und die Begegnung mit ihnen und ihren Nachkommen. Darüber hinaus sind die Freiwilligen in Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verfolgung und Vernichtung des Judentums, in Forschungseinrichtungen zur deutsch-jüdischen Geschichte und in vielfältigen Projekten der sozialen Arbeit tätig. Die soziale Arbeit zielt auf die Integration bzw. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, von Minderheiten und von sozial Benachteiligten und unterstützt die Ko-Existenz von Israelis und Palästinenser*innen.
- Die NS-Verbrechen am jüdischen Volk und ihre Folgen sind Anlass und zentraler Bezugspunkt der ASF-Arbeit in Israel. Die Unterstützung der Menschen in Israel ist nicht an die Ausrichtung der Regierung bzw. die Entwicklung des politischen Geschehens in der Region gebunden. Die Unterstützung und Solidarität gegenüber Israel gelten unabhängig von der Entwicklung der Konflikte in und um Israel.
- Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar. Gerade deshalb stimmen uns manche Versicherungen der Anerkennung des Existenzrechts Israels skeptisch, da sie einen Ton durchklingen lassen, als ob dieses Existenzrecht disponibel wäre.
- Die Israelarbeit von ASF bezieht in besonderer Weise die Diskussionen um Israel, zum deutsch-israelischen und christlich-jüdischen Verhältnis mit ein. ASF wirkt auf die Debatten in Deutschland und in unseren Partnerländern ein und setzt sich für ein differenziertes Verständnis von Israel und von der Region des Nahen Ostens ein.

Positionsbestimmung zum israelisch-palästinensischen Konflikt

- Es ist nicht die Rolle von ASF, die Konfliktparteien zu bestimmten Handlungen zu bewegen oder ihnen Empfehlungen für Lösungen des Konflikts vorzuschlagen, deren Konsequenzen und Risiken wir nicht selbst zu tragen hätten. Allerdings verstehen wir es als Aufgabe von ASF, die Debatte vor allem in Deutschland kritisch zu begleiten und durch unsere Erfahrungen und Positionen mit zu gestalten.
- ASF positioniert sich deutlich gegen alte und neue Formen von Judenhass, Antisemitismus und Antizionismus. Es entstehen oft Diskussionen darüber, inwiefern Kritik an staatlichen und politischen Akteur*innen Israels antisemitisch sei. Dies ist nicht pauschal zu beantworten. Es wird häufig gesagt, dass Israel nicht kritisiert werden dürfe, ohne dass dies den Vorwurf nach sich ziehe, die Kritik sei antisemitisch. Die Annahme oder Feststellung, dass israelische Repräsentant*innen eine Kritik an Israel pauschal als antisemitisch zurückweisen, hören wir allerdings häufiger als es diese Zurückweisung tatsächlich gibt. Oft wird die Annahme der Zurückweisung gar nicht mehr überprüft, sondern gilt als Vorannahme und damit auch als pauschales Urteil über die Reaktionen von Israelis auf Kritik. Offensichtlich antisemitisch ist Kritik an Israel bzw. israelischen Akteur*innen und Institutionen insbesondere dann, wenn mit Blick auf die Form oder den Inhalt der Kritik klassische antisemitische Motive verwendet werden.¹
- Im Alltagsleben der Menschen in Israel ist der israelisch-palästinensische Konflikt allgegenwärtig. Intensive Auseinandersetzungen mit aktuellen politischen Fragen und Kontroversen sind integrale Bestandteile der ASF-Freiwilligen- und Begegnungsprogramme sowie der ASF-Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland.
- ASF vertritt die Ansicht, dass Israelis und Palästinenser*innen jeweils ein Recht auf nationale Selbstbestimmung haben. ASF lehnt jede Argumentation oder Strategie ab, die das Existenz- und Selbstbestimmungsrecht des einen Volkes einseitig auf Kosten des anderen zu verwirklichen sucht. Auf der einen Seite gibt es fortwährende Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel durch andere Staaten und Angriffe auf Israelis durch Terrorgruppen und Einzeltäter*innen. Auf der anderen Seite führt die fortwährende israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik zu einer Einschränkung elementarer Rechte und Lebensumstände der Palästinenser*innen. ASF tritt in politischen Debatten für die Zwei-Staaten-Lösung ein, da sie sowohl Palästinenser*innen wie Israelis nationale Selbstbestimmung ermög-

¹ Für Fälle der Differenzierung zwischen Israelkritik und Antisemitismus, die auf den ersten Blick weniger eindeutig erscheinen, bietet sich als brauchbares Instrument zur Unterscheidung zwischen differenzierter Kritik an der israelischen Politik und antiisraelischen sowie antijüdischen Positionen der „3-D-Test“ mit seinen drei Kriterien Dämonisierung, Doppelstandard und Delegitimierung an. Ein Beispiel für die Dämonisierung ist der Vergleich israelischer Politiker oder der israelischen Armee mit den Nationalsozialisten. Doppelstandard meint, dass an Israel höhere bzw. andere Maßstäbe angelegt werden als an andere Länder. Von Delegitimierung wird gesprochen, wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen wird.

licht. Gleichzeitig wollen wir damit nicht ausschließen, dass zwischen Israelis und Palästinenser*innen auch andere (friedliche und gerechte) Modelle des Zusammenlebens gefunden werden können.

- ASF fühlt sich Menschen und Gruppen in Israel und in den palästinensischen Gebieten verbunden, die sich an der Erklärung der Menschenrechte orientieren und sich trotz schwieriger Bedingungen um Begegnungen, Ausgleich der Interessen und Kompromissregelungen bemühen. Vereinfachende Charakterisierungen von pro-israelischen Grundpositionen als notwendig anti-palästinensisch und umgekehrt lehnen wir ab.
- Die historisch, politisch und gesellschaftlich komplexe Situation im Nahen Osten sollte nicht auf einseitige Täter-Opfer-Schemata reduziert werden. Dies versuchen wir in unseren Freiwilligen- und Begegnungsprogrammen sowie unserer Öffentlichkeitsarbeit zu vermitteln. ASF distanziert sich klar und deutlich von der These, die Palästinenser*innen seien „Opfer der Opfer“. Analogien zwischen nationalsozialistischer Politik und israelischer Besatzungspolitik stellen eine Relativierung der NS-Verbrechen dar und werden der historischen Entwicklung des Konfliktes und den komplexen regionalen Machtverhältnissen nicht gerecht.
- ASF arbeitet nicht in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten.
- In Bezug auf Protestaktionen gegenüber israelischer Politik sind wir gegen Rede- und Handlungsweisen, die Assoziationen zu judenfeindlichen Maßnahmen der Nationalsozialisten wecken. Aufrufe zum Boykott israelischer Waren, die Ablehnung von Israelreisen oder die Verweigerung von Zusammenarbeit mit israelischen Wissenschaftler*innen und Bildungseinrichtungen leisten antijüdischen Einstellungen bzw. israelbezogenem Antisemitismus Vorschub. In Israel verstärken sie Gefühle der Bedrohung und Isolation. ASF distanziert sich von der internationalen „BDS-Kampagne“ gegen Israel (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen). Die BDS-Kampagne ist in ihrer Konfliktanalyse einseitig antiisraelisch und antizionistisch, die historisch-politische Komplexität des israelisch-palästinensischen bzw. israelisch-arabischen Konfliktes wird ausgeblendet. Da die BDS-Kampagne auf Israel in seiner Gesamtheit zielt, unterscheidet sie nicht zwischen der Gesamtbevölkerung und israelischen Politiker*innen und es wird nicht einbezogen, dass es auf palästinensischer bzw. arabischer Seite Haltungen und Handlungen gibt, die den Konflikt schüren bzw. Frieden verhindern. Die Forderungen der BDS-Kampagne zielen in ihrer Konsequenz auf ein Ende Israels als Staat des jüdischen Volkes bzw. als Staat mit einer mehrheitlich jüdischen Bevölkerung. Letztlich negiert die BDS-Kampagne daher das Existenzrecht Israels. ASF lehnt die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen ab, die die internationalen BDS-Kampagnen unterstützen.